

und Sicherheitspolitik. So verständlich den Bürgern der Abschreckungsgedanke im Ansatz auch weiterhin ist, ein Weiterdrehen an der Rüstungsschraube ins Unendliche als Voraussetzung für den Erhalt kollektiver Sicherheit dürfte dem Bürger weniger denn je plausibel zu machen sein.

Die in dieser Frage angestaute *Bereitschaft zum Dissens* bis hin zu Aktionen, die als Formen des gewaltlosen Widerstands verstanden werden, ist mit Beginn der Nachrüstung nicht erloschen. Sie wird sich zu gegebener Zeit reaktivieren lassen. Wäre es vor einem Jahr, wie dies gerade im Ausland vielfach so dargestellt wurde, im wesentlichen um die Frage gegangen: Pazifismus—ja oder nein, dann hätte es Sicherheitspolitik heute leichter. Da jedoch auch solche Bürger Zweifel an der Notwendigkeit der Nachrüstung hegten, die die Notwendigkeit militärischer Verteidigungsbereitschaft im Sinne des z. Z. noch unvermeidlichen geringsten Übels durchaus akzeptieren, bleibt auch über den Herbst 1983 hinaus ein kritisches Potential, mit dem jede Verteidigungspolitik weiterhin zu rechnen hat.

Und selbst wenn die Zeit der großen Erklärungen zum Thema seitens der Kirche vorüber ist, das Friedenthema ist auch aus den *Kirchen* keineswegs verschwunden. Es sieht vielmehr so aus, als sei man vielerorts dabei, unbelastet vom Druck der Tagesaktualität sich diesem Thema wieder neu zu nähern, so als müsse man nun erst einmal verdauen, was in dieser Sache gerade auch in den Kirchen an Bewußtseinswandel vor sich gegangen ist und noch vor sich geht.

Die *religiöse Motivation* besaß in der Friedensbewegung eine für viele überraschend große Bedeutung. Und so unterschiedlich die Hirtenworte der Bischofskonferenzen aus aller Welt auch ausfielen: Der Raum, in dem (nukleare) Abschreckung als „noch“ legitim akzeptiert wird, ist enger geworden. Dahinter können die Kirchen nicht so ohne weiteres zurück. Nun erst recht sind Christen an der Reihe, wenn es darum geht, auf dem veränderten Boden praktische Politik zu machen. nt

Sinneswandel?

Warum nicht gleich so? fragt man sich, nachdem der Erziehungsminister der Regierung Fabius, *Jean-Pierre Chevènement*, Angaben über die von der neuen Regierung nach über zweieinhalb Jahren Schulstreit eingeschlagene Richtung bei der Reform des französischen Schulwesens gemacht hat (vollständiger Text in: *La Croix*, 31. 8. 84). Auch wenn noch keinerlei Klarheit in jeder Einzelheit besteht, so stellen die Vorschläge Chevènements doch eine gänzliche Abkehr vom Weg der früheren Regierung Mauroy und ihres Erziehungsministers *Alain Savary* dar.

Auf die Frage, wie er sich diesen plötzlichen Gesinnungswandel erkläre, gab Chevènement in einem Interview lapidar zur Antwort: „Nach dem Regen kommt das schöne Wetter“ (*La Croix*, 7. 9. 84). Er kann damit allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich allenthalben auch in Frankreich fragt, warum es so weit kommen mußte: „Wieviel verlorene Zeit, wieviel Gerede, blinde Gefolgschaft, wieviele unnütze Verhandlungen, wieviel falscher Alarm! ... Was für ein Irrtum seitens der Regierung, sich diesen Hemmschuh zuzulegen, der, nachdem er sie in einem nicht enden wollenden Kampf schwächte, letztlich im Museum der Ideale des Sozialismus landet, das Projekt der Vereinheitlichung des Schulwesens“ (*Le Monde*, 31. 8. 84).

Nach diesen neuerlichen Vorschlägen wird es ein „Gesetz Chevènement“ zur Frage der privaten Schulen Frankreichs nicht geben. Die Regierung will den Schulstreit im Rahmen anderer Gesetzesvorhaben miterledigen, und zwar im Zusammenhang mit dem Haushalt und der Dezentralisierung. Das übrige soll in *Ausführungsbestimmungen* geregelt werden. Von der Schaffung von sogenannten „Einrichtungen des öffentlichen Interesses“ sowie der Verbeamtung der Lehrer privater Schulen ist keine Rede mehr.

Daß für die Einrichtung neuer Stellen für Lehrer in Zukunft einheitliche Bestimmungen für private wie öffentliche Schulen gelten sollen, die Privatschulen mithin im Gegensatz zum gegenwärtig noch geltenden Recht sich im Rahmen einmal verabschiedeter Budgets bewegen müssen, gehörte schon zu den Vorschlägen Savarys und war auch von den Vertretern der Privatschulen akzeptiert worden.

Das Neue an der Situation nach den Vorschlägen Chevènements ist nicht so sehr der Inhalt dieser Vorschläge. Hier geht man möglichem Streit aus dem Weg. Im übrigen hatte auch der Vorschlag von Savary das Schulsystem, bestehend aus voneinander unabhängigen, öffentlichen und privaten Schulen, in der Substanz nicht angetastet. Das Neue besteht vielmehr darin, daß nunmehr die Verfechter einer harten laizistischen Linie ihren Widerstand aufgegeben zu haben scheinen.

Ihre Reaktionen klangen überaus versöhnlich und stellten angestrengte Bemühungen dar, ohne Gesichtsverlust den Rückzug aus dem Kampfgebiet Privatschule anzutreten. Wenn sie auch diesen Vorschlägen gegenüber immer noch betonten, sie gingen in die richtige Richtung, indem sie die Eingriffsmöglichkeiten des Staates verstärkten, so können sie damit nur unzulänglich die Tatsache verdecken, daß sie der Sache nach mehr denn je Grund sehen müßten, ihre unerfüllten Hoffnungen auf ein „öffentliches, einheitliches und laizistisches nationales Erziehungswesen“ (so der Präsidentschaftskandidat *François Mitterrand*) einzuklagen. Möglich wurde dieser „Waffenstillstand“, wie die Situation nach den Vorschlägen Chevènements mehrfach genannt wurde, wohl vor allem durch den Wunsch, das leidige Thema des „Schulfriedens“ so schnell wie möglich von der Tagesordnung zu bekommen, da das Ansehen von Präsident, Regierung und Parlamentsmehrheit durch andere Fragen schon belastet genug ist. Zu den Versuchen Premierminister *Laurent Fabius*, Frankreich einen „modernen Sozialismus“ zu präsentieren, hätte eine Fortsetzung des leidigen Schulstreits nur schlecht gepaßt. nt